

Münster, 2020-10-26

## **Union muss die Blockade gegen Werksvertragsgesetz aufgeben**

KAB-Diözesansekretär: Union verhindert menschenwürdige Arbeitsbedingungen

**Münster/Berlin.** „Die Blockadehaltung der Union unterstützt die unwürdigen Machenschaften gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der deutschen Fleischindustrie!“ Dies erklärte Hermann Hölscheidt, Diözesansekretär der KAB Münster, nachdem das Arbeitsschutzkontrollgesetz zu Werkverträgen und Leiharbeit im Bundestag durch die Union von der Tagesordnung genommen wurde.

„Es besteht die Gefahr, dass die notwendigen Regelungen in der Fleischindustrie auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden und die Arbeitnehmer weiter unter unwürdigen Bedingungen arbeiten und leben müssen“, sagte Hölscheidt. Der Diözesansekretär rief die Union auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Bereits als das von Arbeitsminister Heil erarbeitete Gesetz das Kabinett passierte, kam vom CDU-Wirtschaftsrat Widerspruch. „Werkverträge sind eine entscheidende Säule unserer arbeitsteiligen Wirtschaft, die nicht leichtfertig abgeschafft werden sollte“, so der CDU-Wirtschaftsrat. Ein grundsätzliches Verbot sei laut CDU nicht „zielführend“. „Statt vor der Fleisch-Lobby einzuknicken, sollte die CDU/CSU-Fraktion sich für menschenwürdige Arbeit einsetzen“, so Hölscheidt.

## **Kossen: Erbärmliche Politik der Union**

Kritik an CDU und CSU äußert auch Prälat Peter Kossen, der seit vielen Jahren gemeinsam mit der KAB gegen die unmenschlichen Bedingungen in der Fleischindustrie kämpft. „In erbärmlicher und empörender Weise versuchen nun CDU und CSU, das überfällige Gesetz zu verzögern und zu verwässern“. Kossen, der jüngst von CDU-Ministerpräsident Laschet für sein Engagement für bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie den

Verdienstorden des Landes NRW bekommen hat, zeigt sich enttäuscht. „Leiharbeit wird damit zum willkommenen Schlupfloch, mit dem die massenhafte Verdrängung von Stammebelegschaft durch Werkvertragsarbeit mit dem fadenscheinigen Vorwand von Belastungsspitzen begründet wird. „In Wirklichkeit geht es um primitives Lohn- und Sozialdumping“, so das Vorstandsmitglied der KAB Münster in einer Presseerklärung.

Text: KAB